



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien



JAHRE
IM BUND
MIT DER KULTUR

Eingegangen
16. April 2019
Büro OB-SVA

Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Prof. Monika Grütters MdB
Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin

Mitglied des Deutschen Bundestages
Herrn Dr. Klaus-Peter Schulze

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin
POSTANSCHRIFT 11012 Berlin

Berlin	Cottbus ☒	Forst
Termin:	POSTEINGANG	RS
o Zusage	U 4. April 2019	z.d.A.
o Absage	Dr. Klaus-Peter Schulze MdB	AE
WG an:	am:	

TEL +49 30 18 400 2060
FAX +49 30 18 400 1808
E-MAIL bkm@bk.bund.de

Berlin, 3. April 2019

Sehr geehrter Herr Kollege,

liebes Herr Dr. Schulze

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 1. März 2019, in dem Sie die Fortentwicklung des Menschenrechtszentrums Cottbus sowie den künftigen Standort der Stasi-Unterlagen-Behörde im Land Brandenburg thematisieren.

Es freut mich, dass es auch dank der Förderung aus meinem Kulturetat gelungen ist, die Rahmenbedingungen in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus spürbar zu verbessern. Ich werde mich auch künftig für eine angemessene ergänzende Unterstützung dieses wichtigen Erinnerungsortes durch den Bund einsetzen. Weiterhin sprechen Sie den künftigen Standort der Stasi-Unterlagen-Behörde in Brandenburg an und erwähnen dabei auch die mögliche Verlagerung der Aktenbestände nach Cottbus sowie eine Verknüpfung mit dem dortigen Menschenrechtszentrum.

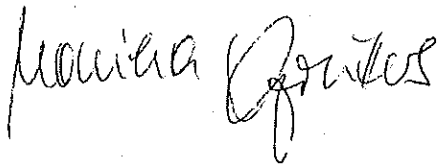
Es ist unstrittig, dass die dauerhafte archivgerechte Lagerung der Aktenbestände und sonstigen Überlieferungen der Staatssicherheit eine der zentralen Herausforderungen bei der künftigen Arbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs darstellt. Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) und der Präsident des Bundesarchivs haben hierzu den Vorschlag unterbreitet, die bislang auf zwölf Standorte verteilten Unterlagen künftig in nur noch einem Standort je ostdeutschem Land unterzubringen und dort jeweils für eine archivgerechte Lagerung Sorge zu tragen. Mit allen Ländern außer Brandenburg hat der BStU auch zur Frage des konkreten Standortes solcher Archivbauten Einigkeit erzielt.

Wenngleich es sich bei der Stasi-Unterlagen-Behörde um eine Bundeseinrichtung handelt, ist es aus meiner Sicht unerlässlich, dass sich zunächst auch das Land Brandenburg eindeutig und unmissverständlich für einen künftigen Standort ausspricht. Ich bitte Sie darum, sich im Rahmen Ihrer Möglichkeiten ebenfalls für eine rasche Entscheidungsfindung einzusetzen. Nur dann können das weitere Vorgehen geplant und bei der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben die Untersuchung der praktischen Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Ideen beauftragt werden. Für Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen konnten entsprechende Untersuchungen bereits angestoßen werden.

Über die anschließende Umsetzung notwendiger Baumaßnahmen und die dafür erforderlichen Mittel entscheidet der Deutsche Bundestag im Rahmen der Haushaltsberatungen. Diese Maßnahmen werden allerdings noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Herrn Roland Jahn lasse ich einen Abdruck dieses Schreibens zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Maria Gruber'. The signature is fluid and cursive, with a large initial 'M' and a stylized 'G'.